

Sand im Getriebe

Sondernummer 7/12

PDF-Version: www.attac.de/aktuell/attac-medien/sig/ Einzelne Artikel: <http://sandimgetriebe.attac.at> Mail: sig@attac.de

Krisenbekämpfung durch Umverteilung

Fred Schmid, isw

Die 3-fache Umverteilung von unten nach oben



Fast alle Ökonomen sind sich einig, dass die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen eine entscheidende Ursache der Finanzkrise ist. In diesem Zusammenhang ist die Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundärverteilung der Einkommen von Bedeutung, denn die Veränderung der beiden verlangt unterschiedliche politische Instrumente.

Die SEKUNDÄRverteilung ist z.B. durch das Steuer- und Ausgabensystem bestimmt. Dahinter verbirgt sich auf beiden Seiten ein Klassenproblem: wer zahlt die Steuern, für wen sind die Ausgaben von Vorteil? Politische Kämpfe können das Primat fortschrittlicher Politik über die Ökonomie durchsetzen und damit z.B. ein umverteilendes Steuersystem durchsetzen. Die PRIMÄRverteilung, also die URverteilung, ist letztlich durch das Eigentumssystem an Produktionsmitteln bestimmt. Zwar kann sie z.B. durch Streiks und kräftige Lohnerhöhungen ein wenig korrigiert werden, aber nur, wenn die Inflation nicht dazwischen kommt und die ökonomischen Machtverhältnisse für die Lohnabhängigen günstig sind. Eine grundlegende Änderung wird nur durch eine Veränderung der Vermögensverhältnisse (z.B. des Erbrechts) möglich sein - und letztlich auch nur dadurch, dass die Eigentumsfrage gestellt wird.

Der Artikel ist in der Broschüre „Die Herren des Geldes“ vom Institut sozial-ökologische Wirtschaftsforschung erschienen. Wir danken für den Nachdruck (zuerst in „Sand im Getriebe“ Nr.95)

1. Primärverteilung zwischen Arbeit und Kapital

Die Primärverteilung ist gewissermaßen die **Urverteilung** im Kapitalismus. Sie bzw. ihre Entwicklung widerspiegelt das **Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital**. Jeder Euro, um den der Kapitalist den Lohn der Arbeiter drückt, erhöht unmittelbar entsprechend seinen Profit.

Das Statistische Bundesamt berechnet die Primärverteilung im Rahmen seiner Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Das dort aufgeführte Volkseinkommen (= BIP minus Abschreibungen und minus indirekte Steuern) setzt sich zusammen aus Arbeitnehmerentgelt und Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Die prozentualen Anteile werden als Lohnquote bzw. Gewinnquote bezeichnet.

In Deutschland (auch den USA und den meisten Industrieländern) ist im Rahmen der neoliberalen Angebotsorientierung seit dem Jahr 2000 eine drastische Umverteilung von

den Arbeitnehmerentgelten zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen festzustellen. Von 2000 bis 2011 verloren die Arbeitnehmereinkommen fünf Prozentpunkte, in manchen Jahren sogar fast acht (2007). Um die entsprechende Prozentzahl stiegen die Gewinn- und Vermögenseinkommen an: Von 27,9 auf 32,8 %. In den Zahlen drückt sich die Lohnzurückhaltung aber auch Zurückdrängung der Gewerkschaften aus. Im Zuge der Globalisierung, der Osterweiterung der EU und auch der Finanz- und Wirtschaftskrisen ist ihre Tarifrückmacht geschwunden. In der BRD drückt sich das vor allem im Rückgang der Real-löhne und dem niedrigsten Anstieg der Lohnstückkosten gegenüber allen anderen EU-Ländern aus.

Für die Arbeitnehmer war die Dekade, in der sich das Millionärsvermögen verdoppelte, ein verlorenes Jahrzehnt. Der einzelne Arbeitnehmer musste gegenüber dem Jahr 2000 im Durchschnitt einen Reallohnverlust von fast

drei Prozent hinnehmen; das heißt: diejenigen, die allen Reichtum schufen, konnten ihren eigenen Lebensstandard kaum halten. Für die Arbeitnehmer hatte das gravierende Verteilungsverluste zur Folge. Wären 2010 die Verteilungsrelationen noch die gleichen wie im Jahr 2000, dann wären die Arbeitnehmerentgelte allein in diesem Jahr um gut 100 Milliarden Euro höher ausgefallen. **Der daraus resultierende Kaufkraft- und Nachfrageschub wäre weit wirkungsvoller gewesen als der Stimulus, der von den beiden Konjunkturprogrammen der Bundesregierung ausging**, deren Umfang gerade mal 80 Milliarden Euro, bezogen auf zwei Jahre, ausmachte.

Addiert man die Verteilungsverluste der einzelnen Jahre (Umverteilung über die sinkende Lohnquote) und jeweils im Vergleich zu den Verteilungsrelationen von 2000 zusammen, dann ergibt sich bis 2011 eine Summe von 920 Milliarden Euro. **Fast**

eine Billion weniger wurde an Arbeitnehmerentgelt ausbezahlt, weil sich das Kräfteverhältnis zugunsten des Kapitals verschoben hatte. In derselben Höhe sind die Gewinn und Vermögenseinkommen zusätzlich gestiegen.

Aber nicht nur die Lohnempfänger sind die Verlierer dieser Umverteilung von unten nach oben, sondern auch die **Sozialkassen** und damit Rentner, Kranke, Arbeitslose,

Pflegebedürftige. Denn der Posten "Arbeitnehmerentgelt" setzt sich zusammen aus Bruttolöhnen und -gehältern und Sozialbeiträgen der Arbeitgeber.

Nimmt man hier die Relationen des Jahres 2000 und überträgt sie auf die folgenden Jahre, dann hätten die Unternehmer für den Zeitraum 2000 bis 2011 626 Milliarden Euro mehr Löhne und Gehälter zahlen und 293,8 Milliarden Euro mehr an die Sozial-

kassen abführen müssen (zusammen wiederum knapp 920 Milliarden Euro). Bei letzterem Posten profitierten die Unternehmer nicht nur von den niedrigeren Bruttolöhnen, sondern auch von der **Entlastung der Lohnnebenkosten** durch die Bundesregierung. Von den 293,8 Milliarden hätten sich ordentliche Rentenerhöhungen und Verbesserungen im Gesundheitssystem finanzieren lassen.

2. Sekundärverteilung: Vom Brutto zum Netto: Fiskalpolitische Verteilungsrunde über die Steuern

Die zweite Verteilungsrunde schließt sich unmittelbar an die erste an. Jetzt kommt der Staat mit ins Spiel, indem er den beiden Bezieher-Gruppen des Volkseinkommens - Arbeitnehmer und Unternehmer/Selbstständige - Einkommensteuern abverlangt. Aus Bruttolöhnen werden dadurch Nettolöhne, aus Bruttogewinnen Nettogewinne. Und eine Umverteilung findet auch über die sogenannten Massensteuern (Umsatz und Verbrauchsteuern) statt.

Im Ablauf dieser Sekundär-Verteilungsrunde spiegelt sich im vergangenen Jahrzehnt die zunehmende neoliberale Angebotsorientierung wider. Im **Steuerwettlauf** mit anderen Staaten **nach unten** wurden Gewinn- und Vermögensteuern gekappt; der Anteil der **Massensteuern**, vor allem der Umsatz- und Verbrauchsteuern dagegen **stieg**.

Deutschland wurde immer mehr zum Steuerparadies für Reiche und Konzerne. Bei Gewinn- und Vermögensteuern weist Deutschland im internationalen Vergleich eine sehr niedrige Abgabenquote aus. Bei der Besteuerung von Kapital ist es in der EU an vorletzter Stelle. Bei Steuern auf Vermögen ist es im internationalen Vergleich ebenfalls an vorletzter Stelle (vgl. *isw-wirtschaftsinfo 44 "Bilanz 2010 – Ausblick 2011", S. 40f*). Der Steuerbelastung von deutschen Kapitalgesellschaften (AG und GmbH) weist die OECD im EU-Rahmen den untersten Rang zu.

Das vergangene Jahrzehnt war in **Deutschland eine Dekade der Steuergeschenke an Konzerne und Reiche**.

Die Regierungen von Rot-Grün über die Große Koalition bis Schwarz-Gelb betrieben im gesamten Jahrzehnt eine extreme Steuergestaltung zugunsten einer Umverteilung von unten nach oben. Mit der Folge, dass die **Polarisierung** der Gesellschaft in Arm und Reich rasant zunahm. Schlaglichtartig seien hier die verschiedenen "**Steuerreformen**" in Erinnerung gerufen

- Mehrmalige Senkung des Spitzensteuersatzes bei der Einkommensteuer um insgesamt 11 Prozentpunkte: 1999: 53 %; seit 2006: 42 %. Spitzenverdiener haben dadurch jährlich insgesamt um ca. 12 Milliarden Euro höhere Nettoeinkommen – entsprechend hoch der Steuerausfall für den Fiskus.

- Mehrmalige Senkung des Körperschaft-

steuersatzes, also der Gewinnsteuer für Kapitalgesellschaften: Aktiengesellschaften und GmbHs. Von ehemals 56 % 1977 – 1989; 45 % 1994 – 1998; ; ab 2001: 25 %; ab 2008: 15 % (einschließlich Gewerbesteuer: 29,51 %). Dadurch hat die Körperschaftsteuer trotz rasant gestiegener Profite der Kapitalgesellschaften nie wieder das Aufkommen des Jahres 2000 erbracht. Ihr Anteil am Gesamtsteueraufkommen ist auf das Niveau einer Bagatellsteuer geschrumpft. 2010: 1,9 %.

- Begünstigung der Bezieher hoher Zins- und Kapitalerträge durch eine einheitliche 25%-ige Abgeltungsteuer ab 2009. Zins- und Kapitalerträge wurden bis dahin mit dem persönlichen Steuersatz belastet. So muss ein Einkommens-Millionär, der seine Million mit Spekulation und Kapitaleinkünften macht, für diese nur 25 % Abgeltungsteuer bezahlen. Würde er die Million mit vergleichsweise ehrlicher Arbeit verdienen, wären darauf ab 52.000 Euro 42 % und ab 250.000 sogar 45 % Einkommensteuer fällig.

- Begünstigung von Großerben und Firmenerben durch die Erbschaftsteuerreform, die seit 2009 in Kraft ist. Dadurch ist das Aufkommen aus der Erbschaftsteuer trotz gestiegener Erbschaftsvolumina um jährlich etwa eine halbe Milliarde gefallen.

- Das "Wachstumsbeschleunigungsgesetz" der schwarzgelben Regierung u.a. mit Nachbesserungen bei Unternehmen- und Erbschaftsteuerreform und Steuervergünstigungen für Hoteliers. Jährliche Steuerausfälle ca. 8 Milliarden Euro.

- Hinzu kommt die Regelung mit Verlustvorträgen, wodurch die Unternehmen auf Jahre hinaus noch Verluste von insgesamt 569 Mrd. Euro geltend machen und ihre Gewinne entsprechend frisieren können. Umgekehrt wurden die sogenannten **Massensteuern** (Mehrwertsteuer, Mineralöl-, Strom-, Tabaksteuer, u.a.), die in die Konsumentenpreise eingehen, erhöht. Der Anteil der Umsatz- und Verbrauchsteuern – ohne Mineralöl- und Energiesteuern – am gesamten Steueraufkommen, stieg von 34,3 % im Jahr 2000 auf 38,2 % im Jahr 2010 (Schäfer, S. 684).

Addiert man alle Steuervergünstigungen für Spitzenverdiener, Reiche und das Kapital

zusammen, dann kommt man auf gut 50 Milliarden Euro pro Jahr, die dem Fiskus an Steuereinnahmen verloren gehen.

In ihrem "Sondermemorandum 2010" schreibt die **Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik**: "*Die Steuerreformen haben dem Staat Steuerausfälle im Zeitraum 2000 bis 2010 von insgesamt rund 335 Milliarden Euro beschert. Im Durchschnitt fehlen somit über 30 Milliarden Euro pro Jahr (Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung plus Streichung von Steuervergünstigungen für Arbeitnehmer sind bereits gegengerechnet – F.S.). In den nächsten Jahren werden es sogar deutlich über 50 Milliarden Euro sein. Davon profitieren in erster Linie die Vermögenden.*" (S. 2).

Nicht berücksichtigt ist dabei das gigantische Ausmaß der Steuerhinterziehung und des Steuerbetrugs und der Steuerflucht. Jens Beckert/Christoph Deutschmann schreiben in dem bereits angeführten Artikel, dass der Trend zur Staatsverschuldung auch darauf zurückgeht, "dass die staatliche Steuerbasis systematisch untergraben wurde. Durch die Senkungen der Kapital- und Vermögensteuern sowie der Spitzensteuersätze bei der Einkommensteuer und die jahrzehntelang tolerierte Steuerhinterziehung der Reichen wurden die Staaten in die Schuldenfalle getrieben. Schon im Jahr 2003 schätzte der damalige Vorsitzende der Deutschen Steuergewerkschaft, Dieter Ondracek, den Umfang der Steuerhinterziehung auf 60 bis 70 Milliarden Euro; erst recht waren Länder wie Griechenland und Italien nie in der Lage, ihre Eliten angemessen zu besteuern." (HB, 15.12.11).



3. Zusätzliche Umverteilung über Zinsen und Finanzmärkte

Ihre Siege bei den primären und steuerpolitischen Verteilungskämpfen ermöglichen der **Geldaristokratie** eine weitere Runde der Bereicherung: der finanzialistischen Verteilung über Zins und Kapitalmärkte. Sie raubt nun mit der Waffe des Zinses die Öffentlichen und Privathaushalte aus. Durch die Senkung der Reallöhne und steigende Arbeitslosigkeit mussten zudem immer mehr Privathaushalte Konsumentenkredite aufnehmen, um ihren Lebensstandard annähernd halten zu können. In den USA, Großbritannien, Spanien und anderen Ländern hat zudem der Immobilien-Hype Millionen Haushalte in die Verschuldung getrieben.

Die Öffentlichen Haushalte wiederum verschuldeten sich, weil sie wegen der Steuer- und Subventionsgeschenke ansonsten ihre Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr hätten finanzieren können. Die größte staatliche "Subvention" in der Geschichte des Kapitalismus aber war zweifellos die "Bankenrettung" in den Jahren 2007 bis 2009, weil Banken und andere Finanzkonzerne sich verzockt hatten: "Auf 15 Billionen Dollar weltweit werden von der Spiegel-Dokumentation die Kosten für das Banken-Fiasko geschätzt, fast ein Viertel der Weltwirtschaftsleistung eines Jahres" (Schuhler, Euro-Debakel). Bankenrettung und weitere Billionen für Konjunkturpakete, um den drohenden Absturz in Rezession oder gar Depression infolge der Finanzkrise zu verhindern, katapultierten die Staatsverschuldung auf Rekordhöhen.

Die staatlichen Retter haben zwar die Finanzindustrie vor dem Kollaps bewahrt,

sich dabei aber hoffnungslos verschuldet. Die Rechnung für den Bankencrash müssen nun die Steuerbürger begleichen. Gerettet wurde damit das **System der risikolosen Profitwirtschaft** und der Spitzen-Boni. Die privaten (Bank-) Schulden wurden gewissermaßen gegen staatliche Schulden ausgetauscht. **Der Finanzsektor hat seine Probleme in die Staatshaushalte verlagert.** In den USA hat die Verschuldung zwischen 2007 und 2010 um 31,6 % zugenommen, in Japan um 32,6 %, in Großbritannien um 35,2 % und in Deutschland um 21,7 %. Kein größeres Euroland, das nicht längst die Maastricht-Schuldenlatte von 60 % des BIP gerissen hat. Auch die 90%-Grenze wurde inzwischen von fast allen Industrieländern überschritten. Die Ökonomen Kenneth Rogoff und Carmen Reinhart haben berechnet, dass Schuldenquoten von 90% und mehr bezogen auf das BIP die Wohlstandschancen drastisch verringern und infolge der **Zinslasten den Handlungsspielraum der Regierungen rigoros einengen.**

Die Banken und Fonds, die zu Lasten der Steuerzahler gerettet wurden, verdienen prächtig an der ganzen Rettungsaktion. Stefan Bach vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schreibt: "*Die Schulden des einen sind die Forderungen des anderen. Die Staatsverschuldung bietet den privaten Sektoren der Volkswirtschaft breite und (zumindest bisher) sichere Anlagemöglichkeiten.*" (DIW-Wochenbericht 50/2010, S. 6)

(siehe dazu auch: "Systemische Verknüpfung von Banken und Zentralstaat" – [www.isw-muenchen.de/download/banken-staat-fs-](http://www.isw-muenchen.de/download/banken-staat-fs-20110801.html)

[20110801.html](http://www.isw-muenchen.de/download/schuld-suehne-fs-201107.pdf) – und Fred Schmid: *Schulden&Sühne – Thesen zur Schuldenkrise des globalen Kapitalismus*; www.isw-muenchen.de/download/schuld-suehne-fs-201107.pdf).

In seiner Untersuchung zu "Staatsverschuldung und gesamtwirtschaftliche Vermögensbilanz" kommt Bach zu dem Ergebnis, dass **zunehmende Staatsverschuldung und wachsende Geldvermögen miteinander korrespondieren.**

"*Öffentliche Armut, privater Reichtum – diese Beschreibung passt auch auf die Entwicklungstrends von Staatsverschuldung und Staatsvermögen einerseits sowie Privatvermögen andererseits über die letzten Jahrzehnte in Deutschland. Während die privaten Vermögen beträchtlich gestiegen sind, wurde die staatliche Vermögenssubstanz zunehmend ausgezehrt.*" (ebenda, S. 8).

Denn die **Geldaristokratie** begnügt sich nicht mit dem Schuldendienst ihrer Untertanen. Gut 60 Milliarden Euro Zinsen pro Jahr muss der deutsche Staat für seine gesamten Schulden an Finanzinstitute und Geldbürger bezahlen; fast 1000 Euro für jeden erwachsenen Bundesbürger. Dabei profitiert Deutschland sogar noch vom Schuldenfiasko und downgrading der anderen Euro-Staaten. Die Flucht in "sichere" deutsche Staatsanleihen drückt deren Rendite; die Papiere rentieren derzeit mit gerade mal zwei Prozent. Müsste Deutschland seine Staatsanleihen mit einem Prozent mehr verzinsen, würden zusätzlich 20 Milliarden Euro an Zinszahlungen pro Jahr fällig.

Danke an isw, München (SiG-Redaktion) <http://www.isw-muenchen.de/index.html>

Rick Wolff

Besteuerung der Reichen

ODER Anhäufung von Staatsschulden



Manager, Politiker, Wissenschaftler und die Medien erzeugen wieder einmal jede Menge heiße Luft aus den Bemühungen Griechenlands, mit den Problemen der „Staatsverschuldung“ fertig zu werden. **Aber es steht für die Welt viel mehr auf dem Spiel, als die finanziellen Bemühungen**

dieses kleinen Landes. Was auf dem Spiel steht, betrifft in der Tat uns alle. Die Ereignisse in Griechenland laufen parallel mit den globalen Entwicklungen, die Unterschiede bestehen nur in Details und in den zeitlichen Abläufen.

Die Auseinandersetzungen in Griechenland entstanden aus den komplexen Beziehungen zwischen **Arbeitnehmern, Arbeitgebern und dem Staat.** Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind eingespant in einen endlosen und **vielschichtigen Konkurrenzkampf**, wie er dem Kapitalismus eigen ist (Konkurrenzkämpfe zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern um Löhne und Arbeitsbedingungen, zwischen den Arbeitnehmern um Arbeitsplätze und unter den

Kapitalisten um ihre Profite). Ein Feld, auf dem diese Kämpfe stattfinden, ist der Staat. Verschiedene Interessengruppen von Arbeitnehmern und auch Arbeitgebern drängen den Staat, (a) ihre und nicht andere Interessen zu vertreten, (b) und die Kosten, die daraus entstehen, auf die jeweils anderen abzuwälzen.

Bei den Kämpfen um den Staat geht es auch um die akkumulierten Staatsschulden, die zurückgezahlt werden müssen. Die **Unternehmer** wollen, dass der Staat ihren Kapitalaufwand und die Betriebsergebnisse absichert. Sie drängen den Staat, die Profitabilität ihrer Unternehmen zu beschützen, zu subventionieren und sonst wie zu unterstützen (durch teure militäri-

sche Ausrüstung, die staatliche Ausbildung ihrer Arbeitskräfte, ausreichende Infrastruktur usw.)

Die Unternehmer trachten auch danach, die Kosten dieser teuren staatlichen Programme und Institutionen zu „sozialisieren“: So viele Kosten wie möglich auf ihre Arbeitnehmer abzuwälzen.

Natürlich können sich die **Arbeitnehmer** auch wehren, indem sie Regierungsprogramme zu ihren Gunsten verlangen und indem sie verlangen, dass die Arbeitgeber und die wohlhabendsten Profiteure (das Management und andere Spitzenverdiener etc.) die Kosten dieser Programme tragen. Kämpfe zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitnehmern und zwischen verschiedenen Gruppen von Arbeitgebern spielen auch eine wichtige Rolle. Sie sollen aber hier nicht behandelt werden.

Oft kann sich die Arbeitgeberseite mit ihrer politischen Organisation, ihrer Mobilmachung und ihren finanziellen Ressourcen durchsetzen: Der Staat führt dann die Programme der Arbeitgeber durch, besteuert hauptsächlich die Arbeitnehmer.

Allerdings, dort wo diese gut organisiert sind und mobil machen, kann der Staat nicht offen nach der Pfeife der Arbeitgeber tanzen. Da kommt die **Staatsverschuldung** ins Spiel, **ein indirekter Weg für den Staat, die Arbeitgeber zu Ungunsten der Arbeitnehmer zu bedienen**. In diesem Fall begünstigt der Staat hauptsächlich die Arbeitgeber, aber besteuert sie nicht mit den vollen Kosten für diese Programme. Zugleich werden aber auch die Arbeitnehmer nicht mit dem besteuert, was bei den Unternehmer-freundlichen Programmen offen bleibt. Um die Unterstützung der Arbeitnehmer nicht zu verlieren, besteuert der Staat die Arbeitnehmer auch nicht mit den gesamten Kosten der Regierungsprogramme, die ihnen zu Gute kommen.

Weil die Steuern, die dem Staat von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zufließen, nicht ausreichen, um die Programme für beide zu finanzieren, muss der Staat für die Differenz zwischen den Steuereinnahmen und den Kosten der Programme **Geld leihen**. Damit entkommt der Staat wenigstens vorübergehend dem Dilemma seiner Position in der Mitte des kapitalistischen Klassenkampfes. Der Tag der Abrechnung wird solange hinausgeschoben, bis sich der Staat mit seinen Schulden nicht mehr aus seinem Dilemma herauskaufen kann. Durch die globale Krise des Kapitalismus kam gerade jetzt für Griechenland der Tag der Abrechnung, nur ein bisschen früher als sonst überall.

Wenn der Staat Geld leiht, kommen die

Kredite hauptsächlich von der Klasse der Arbeitgeber und ihrer wohlhabendsten Nutznießer (den Managern und anderen Spitzenverdienern). **Der Staat bewahrt so diese Klasse vor einer Steuerlast**, stattdessen nimmt er Geld auf und muss dann die Kredite dieser Klasse mit Zinsen zurückzahlen. Die Anleihen des Staates können auch die Arbeiterklasse davor bewahren, jetzt mehr Steuern zu zahlen, um die Regierungsprogramme zu finanzieren. Aber weil Arbeiter ja dem Staat sehr wenig leihen können, können die Arbeiter nicht auf die Zinszahlungen und Kapitalrückzahlungen des Staates hoffen, wie es die Arbeitgeber tun. Stattdessen können sich die Arbeiter jetzt schon auf die Forderung freuen, dass sie dem Staat helfen sollen, Zahlungen an die Unternehmerklasse zu entrichten.

Die **moderne Staatsverschuldung** ist eine normale Erscheinung des heutigen Kapitalismus. Ihr politisch neutral klingender Name verschleiern ihre wirkliche Rolle als indirektes Mittel, **das Gleichgewicht der Aktivitäten des Staates zugunsten der Arbeitgeber und gegen die Arbeitnehmer zu verschieben**. Die wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus provozieren normalerweise eine Blase aus Staatsschulden und können sich so wirklich zu Staatskrisen auswachsen. Das passiert dann, wenn die Schulden des Staates an Grenzen stoßen, weil die Kreditgeber nicht willens sind, weitere Risiken auf sich zu nehmen.

Natürlich wurde **Griechenland** in diese letzte weltweite Krise des Kapitalismus hineingezogen – die schlimmste seit der Großen Depression der dreißiger Jahre. Arbeiter und Kapitalisten haben sich heftig bemüht, den Staat und anderen soziale Einrichtungen, dazu zu bringen, ihre je eigenen wirtschaftlichen Probleme zu lösen, und gleichzeitig die Kosten dafür den anderen anzulasten. Die Programme zur Rettung der Banken und Konzerne konkurrieren gegen Programme zur Förderung des Arbeitsmarktes. Die Regierungen versuchen ständig, die Debatte über die grundlegende wirtschaftliche und soziale Frage, wer für die Aktivitäten des Staates zu zahlen hat, hinaus zu schieben. Stattdessen verschulden sie sich mehr und mehr.

Aber die angehäuften Schulden vieler Länder und das Ausmaß ihrer neuen, krisenbedingten Darlehensaufnahmen haben die Risiken der Geldgeber erhöht. **Die normale Routine der Staatsanleihen ist am Ende**. Geldgeber erinnern sich heute zum Beispiel daran, was passierte, als die Finanzwirtschaft **Argentiniens** am Beginn dieses Jahrzehnts zusammenbrach: Als sich 2005 der Staub gelegt hatte, verloren die Inhaber von

Argentiniens Staatsanleihen zwei Drittel des Wertes ihrer Darlehen. Damals gab es aber keine globale Wirtschaftskrise. Unter den aktuellen Bedingungen haben die Geldgeber der Staaten heute viel größere Sorgen.

Die Klasse der Arbeitgeber macht sich heute Sorgen, weil die seit Langem erfolgreiche Verwendung der Staatsverschuldung, um Steuern zu vermeiden, in Schwierigkeiten steckt. Die **Risiken** dieser Methode, die Staaten indirekt zu manipulieren um damit die eigene Klasse zu bedienen, und damit die Arbeiterklasse zu belasten, sind stark angestiegen. Die Unternehmen müssen nun damit rechnen, dass die Staaten zuerst ihre Kreditwürdigkeit wiederherstellen müssen, bevor sie neue Darlehen aufnehmen können. Damit die Staaten ihre Kreditwürdigkeit wieder erlangen, müssen – nach Ansicht der Arbeitgeber – mehr Steuern von den Arbeitnehmern eingetrieben werden und/oder Sozialprogramme eingeschränkt werden, die der Arbeiterklasse zu Gute kommen. Die Alternative, Arbeitgeber und Reiche zu besteuern und zugleich die staatliche Unterstützung für die Unternehmen zurück zu nehmen, wird in der öffentlichen Diskussion gar nicht erwähnt.

Damit beschreibe ich die Bedeutung und den Inhalt der aktuellen Schuldenkrise Griechenlands, und auch die parallelen Krisen von morgen in Irland, Spanien und Portugal, und die zukünftigen Krisen in den meisten anderen kapitalistischen Ökonomien. Die Details werden in allen Fällen durch spezifische und historische Bedingungen bestimmt werden.

Die politische Organisation und Mobilisierung der Arbeiterklasse wird ganz wesentlich mitbestimmen, wie weit (und vielleicht auch ob) diese Krisen in Zukunft auf Kosten der Arbeiter gelöst werden.

Rick Wolf ist emeritierter Professor der University of Massachusetts in Amherst und auch Gastprofessor im Magisterstudiengang für Internationale Angelegenheiten der New School University in New York. Er ist der Autor von „New Departures in Marxian Theory“ (Routledge 2006) und vieler anderer Veröffentlichungen. Sehenswert ist auch der Dokumentarfilm über die aktuelle Wirtschaftskrise, „Capitalism hits the Fan“, bei www.capitalismhitsthefan.com. Rick Wolfs Website: www.rdwolff.com <http://mrzine.monthlyreview.org/2010/wolff100310p.html> Übersetzung: Gabriela Greif, Korrektur: Herbert Kaser, Coeditrad. Zuerst in SiG 83 erschienen.

Kein Fiskalpakt! SiG 96 * Enteignet die Krisengewinnler! SiG 95 * Europa neu begründen SiG 95, 96
Occupy capitalism! - Woher kommt Reichtum? SiG 93 * Friede den Hütten! Krieg den Palästen! SiG 85
Im Süden und im Norden, Schuldenüberprüfung! Schuldenstreichung! SiG 90, 91, 95, 96
Griechenland: SiG 91-96 Euro: SiG 95,96